

Standpunkte

Partner, nicht Gegner

Für eine andere Iran-Politik

von
Christoph Bertram

1. Auflage

edition Körber-Stiftung 2008

Verlag C.H. Beck im Internet:
www.beck.de

ISBN 978 3 89684 133 9

Wege aus der Sackgasse: vom Gegner zum Partner

Eine solche grundlegende Veränderung in den Zielen wie auch in der Gesprächsführung ist nicht nur wegen der Atomfrage notwendig. Der Streit um die atomaren Aktivitäten des Iran und das Unbehagen über ein Regime, das sich nicht demokratisch, sondern religiös legitimieren will, hat den Blick darauf verstellt, was für ein ungewöhnliches Land der Iran in seiner Region ist und wie vorteilhaft ein enges Verhältnis zu diesem Land für den Westen wäre.

Ohne den Iran kann es keine Stabilität im Nahen Osten geben, ohne seine Mitwirkung wahrscheinlich keine dauerhafte Lösung des Palästina-Problems. Auch in Afghanistan wird eine belastbare innere Ordnung, wenn überhaupt, nur schwer entstehen, wenn der Iran sie verhindern wollte.

Zudem zeigt sich unter der schweren Hand klerikaler Kontrolle der Iran als ein Land mit Elementen einer demokratisch-pluralistischen, modernen Gesellschaft und stellt auch insofern eine attraktive Besonderheit in einer diesbezüglich rückständigen Region dar. Gerade für westliche Staaten, denen daran gelegen sein muss, ihre Energieversorgung zu sichern und zu diversifizieren, wären verlässliche Beziehungen zum Iran, dem Land der zweitgrößten vorhandenen fossilen Energieressourcen, von erheblichem strategischen Gewinn. Wäre der Iran ein Staat mit demokratischer Verfassung und transparenter Führungsstruk-

tur, ließe sich an seiner Eignung zum Partner des Westens nicht zweifeln.

Zwar gäbe es auch dann weiterhin erhebliche Interessenunterschiede, zumal in regionalen Sicherheitsfragen. Das gälte im Verhältnis zu Israel, wenigstens bis zu einer halbwegs fairen israelisch-palästinensischen Zweistaaten-Lösung, und wohl auch in der Atomfrage – die bloße Ersetzung der »Mullaharchie« durch eine demokratisch legitimierte Regierung würde nicht automatisch alle Bestrebungen nach militärischer Nutzung der Atomenergie, so es sie gäbe, ein für alle Mal beenden. Auch die Außenpolitik eines demokratischen Iran wäre stark von Nationalstolz geprägt, die Forderung nach internationalem Respekt und regionaler Anerkennung nicht schwächer.

Aber die Islamische Republik ist keine Demokratie. Taugen der Westen und die Islamische Republik überhaupt zur gegenseitigen Partnerschaft? Und falls ja, wie wahrscheinlich ist es, dass beide bereit wären, als Partner aufeinander zuzugehen?

Zur Partnerschaft tauglich?

Für die Islamische Republik wäre es zwar eine politisch-taktische, aber keine konzeptionelle Schwierigkeit, einen Westen, insbesondere ein Amerika, als Partner zu akzeptieren, der ohne Vorbedingungen das Gespräch sucht, auf alle Sanktionen verzichtet, das Regime anerkennt, dem Iran Respekt bezeugt und auf Zusammenarbeit setzen will. Die

iranische Führung hat wiederholt erklärt, zu solch einer Zusammenarbeit bereit zu sein, wenn das Angebot dazu von Amerika ausginge.

Für den Westen fällt die Antwort nicht so einfach aus. Zwar ist es in der Außenpolitik gängige Übung, auch solche Länder zum Kreis umworbener Partner zu rechnen, die es an demokratischer Struktur und Gesinnung fehlen lassen. Man mag diese Inflation des einst eine gewisse Innigkeit suggerierenden Begriffs bedauern. Aber im Verhältnis von Staaten zueinander ist ohnehin kühles Interessenkalkül, nicht Herzenswärme angebracht. Wenn die Volksrepublik China und die Russische Föderation für den Westen erwünschte Partner sind, dann nicht, weil der innere Zustand und die äußeren Verhaltensweisen dieser Länder uns gefallen, sondern weil unsere Interessen ein gutes Verhältnis zu ihnen nahelegen und die Aussicht auf eine teilweise Übereinstimmung oder zumindest eine Annäherung wichtiger Interessen besteht.

Warum sollte das mit der Islamischen Republik anders sein? Auch hier legen unsere Interessen ein gutes Verhältnis nahe. Dennoch lassen sich zwei ernsthafte Zweifel an der Partnerschaftstauglichkeit der Islamischen Republik vorbringen: die mögliche Unvereinbarkeit westlicher Interessen mit denen des Iran; und die Natur des theokratischen Regimes.

Unvereinbare Interessen?

Auf den ersten Blick, mit dem sich die meisten westlichen Regierungen derzeit begnügen, erscheinen die außenpolitischen Ziele des Iran in der Tat den westlichen diametral entgegengesetzt, erst recht, falls der Iran tatsächlich den möglichen Plan atomarer Rüstung wahr machen wollte.

Für den Westen ist die Existenz Israels unverzichtbarer Teil jeder nahöstlichen Friedensordnung. Der Iran befürwortet nach den Worten seines brambarsierenden gegenwärtigen Präsidenten, der zudem noch den Holocaust leugnet, dass »das Regime, das Jerusalem besetzt hält, ... aus den Annalen der Geschichte getilgt« werde. Im Libanon stützt der Iran mit der Hisbollah eine politische Gruppierung, die nicht nur aktiv gegen Israel kämpft, sondern auch westlichen Vorstellungen, wie dem kleinen Land zu mehr Stabilität verholfen werden kann, zuwiderhandelt. Die Hamas-Bewegung, die Israel die Anerkennung verweigert, kann auf iranische Hilfeleistungen zählen. Und im Irak hat die iranische Einmischung die Stabilisierungsaufgaben der amerikanischen Truppen wiederholt dadurch erschwert, dass schiitischen Milizen von dort aus finanzielle Unterstützung, Ausbildung und Waffen zur Verfügung gestellt werden.

Untauglich wäre der Iran als Partner für den Westen, wenn diese Positionen so unverrückbar wären, dass die Hoffnung von vornherein ausgeschlossen ist, sie durch die besseren Beziehungen einer Partnerschaft flexibler und vielleicht vereinbar mit den seinen zu machen. Und hier

lässt der zweite Blick ein komplexeres, hoffnungsvolleres Bild entstehen.

In der Region selbst ist der Iran schon länger kein ideologischer Störenfried mehr und traditionell eine »Status-quo-Macht, kein Abenteuer-Staat«. ³⁰ Nach dem Al-Qaida-Angriff auf New York und Washington im September 2001 gewährte der Iran dem amerikanischen Vorgehen gegen die afghanischen Taliban wichtige Unterstützung. Es ist keine Beschönigung, wenn man sein Verhalten im Irak, im Libanon und in Palästina auch als Abwehr und Abschreckung gegenüber der amerikanischen militärischen Übermacht an seinen Grenzen und dem anhaltenden Druck Amerikas deutet, also dem Fehlen eines partnerschaftlichen Verhältnisses anlastet. Immerhin hatte Präsident Bush schon im Januar 2002 das Land trotz seiner Hilfestellung in Afghanistan in die »Achse des Bösen« eingereiht, später iranische Verhandlungsangebote ignoriert und stattdessen die militärische Drohkulisse gegen den Iran stetig verstärkt.

Damit entfällt der Gegensatz dieses Verhaltens zu den Interessen des Westens nicht. Aber es eröffnet doch die Möglichkeit, dass es sich hier mehr um situationsbedingte Taktik als um zentrale strategische Interessen des iranischen Staates handelt. Diese Vermutung findet Bestätigung in dem oben erwähnten iranischen Verhandlungsvorschlag vom Frühjahr 2003, der die Unterstützungsmaßnahmen für Hamas und Hisbollah ausdrücklich zur Disposition stellte. Es wären Positionen, die bei entsprechendem Entgegenkommen verhandelbar erscheinen, also keine absoluten Schranken einer Partnerschaft mit dem Iran darstel-

len. Das gälte auch für Interessenkonflikte im Hinblick auf Irak. Dort liegt Teheran zwar nicht am Entstehen einer Demokratie nach westlichem Muster – was ja ohnehin unwahrscheinlich ist –, aber an einem »wirtschaftlich, politisch und sozial ausreichend stabilen Irak in seinen bestehenden Grenzen«. ³¹

Gilt die mögliche Annäherung auch für die atomare Kontroverse? Offenkundig ist das iranische Anreicherungsprogramm durch die Konfrontation mit Drohungen, Sanktionen und Ultimaten nicht gestoppt, sondern der Konfrontation zum Trotz beschleunigt worden. Das legt zumindest die Vermutung nahe, bei einem partnerschaftlichen Verhältnis könnten die Argumente für eine Beschränkung des Programms größeres Gehör in Teheran finden. Ein unüberwindbares Hindernis für eine Partnerschaft stellt das iranische Nuklearprogramm nicht dar, so wenig wie das russische oder indische.

Anders steht es mit dem Interessengegensatz zu Israel. In dieser Frage gibt es zwischen vielen islamischen Staaten – darunter, wie etwa Saudi-Arabien, so mancher strategische Partner – und dem Westen eine Kluft, die mit Hinweisen auf die Beirut Erklärung der Arabischen Liga von 2002 übertüncht wird. Damals hatten die Mitglieder der Arabischen Liga die Anerkennung Israels in Aussicht gestellt, sobald ein palästinensischer Staat geschaffen wird und Israel sich hinter die Grenzen von 1967 zurückzieht. In ihrem an Washington adressierten Verhandlungsvorschlag von 2003 hatte sich die Islamische Republik ebenfalls auf diese Formel bezogen, mit Billigung der gesamten Führung, ein-

schließlich des »Obersten Führers« von damals und heute, Ayatollah Khamenei. Damit wäre die Beziehung zu Israel als Hindernis für eine Partnerschaft des Westens mit dem Iran von ähnlichem Gewicht wie für ein solches Verhältnis zu vielen arabischen Staaten der Region, zumal wenn der Iran, wie oben vermutet, kein unverrückbares Interesse daran hat, den Friedensprozess durch die Unterstützung seiner Gegner zu torpedieren.

Jedoch nimmt der Iran seit den rhetorischen Angriffen Präsident Achmadinejads auf Israel eine Sonderstellung unter den moslemischen Ländern ein. Zwar war der Vorschlag von 2003 damals offenbar von der gesamten Führung abgesegnet. Zudem sind ähnliche Sprüche wie der Achmadinejads, Israel solle und werde aus den Annalen der Geschichte getilgt werden, im Nahen Osten leider keine Seltenheit – eine Rückwendung zu den frühen Versuchen der Islamischen Republik, die islamische Revolution in der ganzen Region aggressiv zu verbreiten, bedeuten sie aber nicht.³² Allerdings macht es einen fundamentalen Unterschied, wenn diese Parolen vom höchsten weltlichen Politiker des Iran ausgegeben werden.

Deswegen wäre dies das einzige nur durch iranische Vorleistung zu beseitigende Hindernis der Partnertauglichkeit des Iran für den Westen. Zu einer Partnerschaft wird es so lange nicht kommen können, wie die Führung der Islamischen Republik sich nicht klar von den Worten Achmadinejads distanziert. Möglicherweise hat der sie gerade in der Absicht gesprochen und häufig wiederholt, um eine solche Partnerschaft zu verhindern.

Theokraten als Partner?

In den unsentimentalen Gefilden interessengeleiteter Außenpolitik hängt Partnerschaft nicht davon ab, ob man das Regime des Partners mag. Seine Infragestellung würde von der anderen Seite von vornherein als Partnerschaftsverweigerung verstanden. Gewiss, die Legitimierung des theokratischen Regierungssystems der Islamischen Republik ist mit westlichen Vorstellungen legitimer Staatsmacht unvereinbar. Aber nicht viel anders ist es mit dem kommunistischen Herrschaftsmonopol der Volksrepublik China oder der Fassaden-Demokratie in Russland. Basis jeder außenpolitischen Partnerschaft ist die Akzeptierung der Regierungsform des Gegenübers.

Das gilt auch für die Regierungsform der Islamischen Republik Iran. Es wäre anders, wenn es sich hier um eine totalitäre Diktatur handelte. Aber der Iran ist trotz Willkür der Macht, groben und gröbsten Menschenrechtsverletzungen und eines polternden Präsidenten weder eine reine Diktatur noch ein totalitärer Polizeistaat. Beide Begriffe passen nicht auf ein System, in dem verschiedene Gruppen miteinander um die Macht ringen, sich gegenseitig verbünden und blockieren, und das trotz allem Elemente demokratischer Mitbestimmung, wie unvollkommen auch immer, enthält.

Zudem weist der Iran bei allen Besonderheiten, die dem gegenwärtigen Staatssystem geschuldet sind, in vieler Hinsicht Eigenschaften eines modernen Gemeinwesens auf. Seine gesellschaftliche und staatliche Entwicklung ist in

der Auseinandersetzung mit europäischer Evolution und Kultur geprägt worden, und die islamische Revolution hat diese Entwicklung nicht völlig umgekehrt.

Nicht zuletzt dank der Eröffnung neuer Bildungschancen für breite Bevölkerungsgruppen liegt der Anteil der Analphabeten an der Gesamtbevölkerung heute bei weniger als 20 Prozent. Von den rund 2 Millionen Studenten an den Hochschulen des Landes sind mehr als die Hälfte Frauen. Trotz vielfacher Diskriminierung in Rechten und im Alltagsleben spielen Frauen im beruflichen, politischen und gesellschaftlichen Leben eine viel selbstverständlichere Rolle als in den meisten arabischen Nachbarstaaten. Trotz Zensur gibt es eine lebendige intellektuelle Debatte, eine auch international gefeierte Filmindustrie, trotz Kontrolle und Einschüchterung eine pulsierende Zivilgesellschaft – allein die Zahl der Nichtregierungsorganisationen wird auf 8000 geschätzt.³³ Nachdem in den letzten Jahren die Drangsalierung der Presse durch das Regime wieder zugenommen hat, weicht die öffentliche Debatte auf Internet und Mobilfunk aus: Fast 40 Prozent der Bevölkerung nutzen das Internet, der höchste Anteil in der Region überhaupt. Die Zahl der Internet-Blogger wird auf siebzig- bis hunderttausend geschätzt; Farsi nimmt heute unter den Blogger-Sprachen der Welt den zehnten Rang ein.³⁴

Eine Demokratie ist die Islamische Republik nicht und soll es nach dem Willen ihrer Gründer auch nicht werden. Nach Artikel 4 der Verfassung leitet der »Oberste Führer« sein Herrschaftsrecht allein von Gott ab. Ihm schuldet er Rechenschaft, nicht dem Volk. Dennoch sind demokra-

tische Traditionen im Land tief verwurzelt. Immer wieder im vergangenen Jahrhundert haben Bürger durch ihr Aufbegehren gegen autokratische und autoritäre Herrschaft ihren Anspruch auf politische Mitwirkung bekundet. Diese Tradition hat auch die Revolutionsverfassung und -praxis nicht abgeschafft.

Präsident und Parlament werden in relativ freien Wahlen bestimmt, auch wenn die klerikale Führung ihr unliebsame Personen aus den Kandidatenlisten ausfiltert, nicht-repräsentative theokratische Gremien darüber befinden, ob die Gesetze des Parlaments hinreichend islamisch sind, um in Kraft treten zu können, und Wahlmanipulationen verbreitet sind. Die Wahlen werden daher von Kritikern häufig als unverbindliche symbolische Handlung hingestellt, als reines Gruppenfoto, mit dem das Volk nur die Legitimität des Regimes bekräftigen solle.³⁵

Aber obwohl die aus Wahlen hervorgegangenen siegreichen Personen und Gruppierungen keine Chance haben, gegen den Willen der Führung politische Veränderungen zu erzwingen, ist der Wahlausgang nicht ohne Einfluss auf politisches Verhalten: im Inneren durch die Besetzung wichtiger Posten mit Anhängern, nach außen durch eine Verschiebung von Akzenten – etwa wie im Atomstreit von mehr Verbindlichkeit (Präsident Chatami) zu mehr Konfrontation (Präsident Achmadinejad). Zudem wirken die Wahlen als Indikatoren des Volkswillens indirekt auf den Meinungs- und Stellungskampf innerhalb der Führung ein.

Allerdings wäre es mehr als verfrüht, eine baldige Stär-

kung dieser pluralistischen Elemente im heutigen Iran zu erwarten. Vielmehr scheinen schon vor Jahren wichtige Kräfte aus dem früheren Wahlerfolg der Reformer und der immer noch erheblichen Popularität ihres Bannerträgers Chatami die Folgerung gezogen zu haben, es dazu nie wieder kommen zu lassen. Seither, so fürchten manche, sei die Islamische Republik auf dem Weg von der Theokratie zum autoritären System.³⁶

Ob damit den wachsenden Schwierigkeiten des Regimes – der zunehmenden Distanz im Volk gegenüber der Staatsideologie und einer durch mächtige Sonderinteressen verzerrten Volkswirtschaft mit hoher Arbeitslosigkeit und Inflation – auf Dauer begegnet werden kann, ist ungewiss. Jedoch werden die autoritären Tendenzen im islamischen Staat dadurch begünstigt, dass politische wie wirtschaftliche Liberalisierung vom Regime als Gefährdung verstanden werden. Die Repression unerwünschter Geister, verbunden mit der Verteilung von wirtschaftlichen Wohltaten aus den sprudelnden Energie-Einnahmen – allein 120 Milliarden US-Dollar in den ersten beiden Jahren der Achmadinejad-Präsidentschaft³⁷ mit seither steigender Tendenz – werden noch lange für seinen Machterhalt ausreichen.

Es ist deshalb dieses System und kein anderes, das der Westen in Kauf nehmen muss. *Regime change*, der Traum der amerikanischen Neokonservativen von der Ablösung der »Mullaharchie« durch eine demokratische Revolution, wird auf lange Zeit ein Traum bleiben, den keine auf Partnerschaft abzielende westliche Regierung mitträumen darf.

Wenn eine Partnerschaft mit der Islamischen Republik gelingen soll, darf die westliche Politik auf keinen Fall in Teheran den Verdacht erwecken, sie strebe in Wahrheit den Sturz des Regimes an. Das tiefe Misstrauen der klerikalen Führung gegenüber dem Westen – nicht nur gegenüber den USA – rührt auch daher, dass sie dieses Motiv hinter westlicher Politik, zum Teil zu Recht, vermutet hat; immerhin hat der amerikanische Kongress noch im Haushaltsjahr 2008 60 Millionen US-Dollar vorgesehen, mit denen Proteste gegen die religiöse Führung im Lande gefördert werden sollen.³⁸ Wer den Iran heute als Partner gewinnen will, muss auch die theokratische Führung anerkennen. Noch einmal: Das ist im Verhältnis zu China und Russland selbstverständlich. Immerhin kann das Bewusstsein, es beim Iran mit einem Land aktiver Zivilgesellschaft und pluralistischer Kräfte zu tun zu haben, der Partnerschaft im demokratischen Westen zusätzliche Attraktivität und Rechtfertigung auch bei jenen verleihen, für die Partnerschaft mehr ist als nur eine kühle Interessenskalkulation.

Der Iran wäre somit für den Westen partnertauglich – unter der einen Bedingung, dass er sich ausdrücklich und offiziell dem Beirut-Konsens der Arabischen Liga zu Israel anschließt und sich von den Erklärungen seines derzeitigen Präsidenten zum jüdischen Staat distanziert. Im Übrigen sind die Interessengegensätze annäherungsfähig, auch die Natur des islamischen Regimes wäre kein Partnerschaftshindernis.